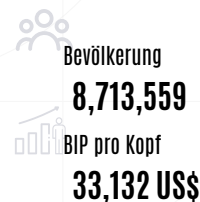
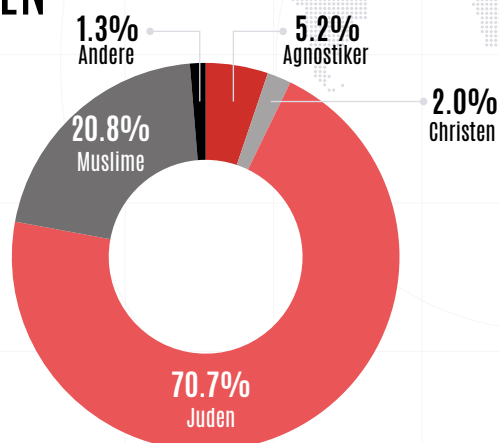




# ISRAEL

## RELIGIONEN



## DIE GESETZESLAGE ZUR RELIGIONSFREIHEIT UND DIE TATSÄCHLICHE ANWENDUNG

Seit seiner Unabhängigkeit im Jahr 1948 definiert sich Israel als jüdischer und demokratischer Staat.<sup>1</sup> Juden aus der ganzen Welt, die bestimmte Kriterien erfüllen, können israelische Staatsbürger werden.<sup>2</sup> Im Jahr 1967 nahm Israel Ostjerusalem, das Westjordanland, den Gazastreifen und die Golanhöhen ein. Bis zum heutigen Tag sind diese Gebiete umstritten. Die UN-Generalversammlung, der UN-Sicherheitsrat und der Internationale Gerichtshof betrachten sie als besetzte Gebiete und die israelischen Siedlungsgebiete gelten diesen Instanzen deshalb als illegal.<sup>3</sup>

Die größte nichtjüdische Religionsgemeinschaft bilden die sunnitischen Muslime. Sie sind israelische Staatsbürger arabisch-palästinensischer Herkunft, ebenso wie die meisten Christen im Land. Letztere gehören überwiegend der Melkitischen Griechisch-Katholischen Kirche und der Römisch-Katholischen Kirche an, eine etwas geringere Zahl bekennt sich zur Griechisch-Orthodoxen Kirche. Als weitere Minderheit ist die Gemeinschaft der Drusen in Israel vertreten. 1957 wurde den Drusen von der israelischen

Regierung der Status einer eigenständigen ethnischen Gemeinschaft zuerkannt.<sup>4</sup>

Da Israel keine formelle Verfassung hat<sup>5</sup>, sei bezüglich der für die Religionsfreiheit relevanten Bestimmungen auf die Unabhängigkeitserklärung von 1948 verwiesen. Dort heißt es im Text: „Der Staat Israel garantiert [...] die soziale und politische Gleichheit seiner Bürger unabhängig von Ethnie, Religion oder Geschlecht und stellt die Gewissens-, Religions-, Bildungs- und Kulturfreiheit sicher; er gewährleistet die Unantastbarkeit von Heiligtümern und heiligen Stätten aller Religionen und ist den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen treu.“<sup>6</sup>

Der Oberste Gerichtshof Israels hat entschieden, dass das Grundgesetz der Menschenwürde und Freiheit als Basis für die Grundfreiheiten dienen soll, zu denen auch die Religionsfreiheit zählt.<sup>7</sup>

Im Juli 2018 verabschiedete das israelische Parlament, die Knesset, ein umstrittenes Gesetz mit dem Titel: „Grundgesetz: Israel – Nationalstaat des jüdischen Volkes.“<sup>8</sup> Darin wird erklärt: „Das Land Israel, in dem der Staat Israel gegründet wurde, ist die historische Heimat des jüdischen Volkes.“ Daher gelte: „Der Staat Israel ist der Nationalstaat des jüdischen Volkes, in dem es sein natürliches, kulturelles, religiöses und historisches Recht

auf Selbstbestimmung ausübt. [...] Die Verwirklichung des Rechts auf nationale Selbstbestimmung ist im Staat Israel einzigartig für das jüdische Volk.“<sup>9</sup>

Die katholischen Ordinarien des Heiligen Landes haben das Gesetz scharf kritisiert. In einer im November 2018 veröffentlichten Erklärung heißt es: „Als religiöse Oberhäupter der katholischen Kirchen fordern wir die Behörden auf, dieses Grundgesetz zurückzunehmen und allen zu versichern, dass der Staat Israel das Wohlergehen und die Sicherheit aller Bürger fördern und schützen will.“<sup>10</sup>

Obwohl Juden in Israel eine Sonderstellung innehaben, ist das Judentum nicht die offizielle Staatsreligion. Die staatlichen Institutionen sind säkular und funktionieren nach dem Modell westlicher Demokratien. Dennoch ist die Gesellschaft von jüdischen Bräuchen geprägt, wie zum Beispiel von der Einhaltung des Sabbats oder koscherem Essen. Dies kann zu Konflikten zwischen gläubigen und nichtgläubigen Juden führen.

Nichtjüdische Bürger haben theoretisch dieselben Bürgerrechte und -pflichten wie jüdische Bürger. Sie können zum Beispiel von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen, politischen Parteien beitreten oder in die Knesset gewählt werden. Dennoch ist ihre Rolle im politischen Leben unbedeutend. Abgesehen von einigen Ausnahmen, wie zum Beispiel im Fall der Drusen, werden sie auch nicht in die israelischen Streitkräfte eingezogen. Dadurch werden arabischen Israelis die Vorteile verweigert, die mit dem Militärdienst einhergehen.<sup>11</sup> Israels Ministerpräsident Netanjahu hat sich dafür ausgesprochen, arabische Christen beim Militär zuzulassen.<sup>12</sup>

Auch wenn der Wechsel der Religion in Israel rechtlich zulässig ist, ist damit ein erheblicher gesellschaftlicher Druck verbunden. Allen Religionsgemeinschaften ist es gestattet, missionarisch tätig zu sein, doch verbietet es das Gesetz, einen materiellen Anreiz für die Konversion in Aussicht zu stellen. Ebenso ist es rechtlich unzulässig, Minderjährige zu bekehren, es sei denn ein Elternteil ist Mitglied der bekehrenden Religionsgemeinschaft.

Personenstandsangelegenheiten werden von der anerkannten Religionsgemeinschaft des jeweiligen Bürgers geregelt. In Israel gibt es keine zivilrechtlichen Ehen, doch werden entsprechende im Ausland durchgeführte Eheschließungen anerkannt.

## VORFÄLLE UND AKTUELLE ENTWICKLUNGEN

Wer die Mitglieder der jüdischen Gemeinschaft bestimmen darf, bleibt in Israel ein großes Streitthema.<sup>13</sup> Im Juni 2018 berichtete die Internet-Zeitung „The Times of Israel“, dass „die Oberrabbiner des Landes und rund 25 zionistische Rabbiner Ministerpräsident Netanjahu aufforderten, einen Vorschlag abzulehnen, mit dem das Verfahren für die Konversion zum Judentum überarbeitet werden sollte. Begründet wurde dies mit dem Argument, dass die Entmachtung des Oberrabbinats die jüdische Gemeinschaft spalten werde und zum Verlust des jüdischen Erbes führen könne“. Sowohl konservative Juden als auch Juden der Reformbewegung kritisieren, dass das Oberrabbinat seit Jahren allein für Konversionen zuständig ist.<sup>14</sup>

Laut israelischen Medienberichten hat Ministerpräsident Netanjahu dem Knesset-Sprecher Yuli Edelstein mitgeteilt, dass Knesset-Mitglieder nach einem dreijährigen Verbot wieder den Tempelberg besuchen können, solange dies nicht öfter als einmal alle drei Monate geschehe und die Besuche im Voraus mit der Polizei abgestimmt würden.<sup>15</sup> Der israelische Landwirtschaftsminister Uri Ariel war der erste Besucher jenes Ortes, der immer wieder Anlass zu Konflikten zwischen dem Staat Israel und Muslimen gibt.<sup>16</sup>

Im Oktober 2018 wurde der Friedhof des katholischen Salesianerklosters Beit Jamal, das 35 Kilometer von Jerusalem entfernt liegt, erneut von unbekanntem Tätern geschändet. 28 Gräber waren davon betroffen.<sup>17</sup>

Im selben Monat sprach Ministerpräsident Netanjahu Israel seine Anerkennung aus, weil es als einziges Land die Christen im Nahen Osten beschütze. Gleichzeitig warf er Palästina vor, die Christen im Westjordanland zu verfolgen. „Israel ist das einzige Land, das die Menschenrechte aller gewährleistet. Wir schützen die Religionsfreiheit aller. Dabei schützen wir nicht nur christliche Stätten, sondern auch die Menschen christlichen Glaubens. Christen sollten im Nahen Osten und andernorts volle Kultusfreiheit genießen. Der einzige Ort, der dies im Nahen Osten sicherstellt, ist Israel“, so Netanjahu.<sup>18</sup>

Im November 2018 richteten sich etliche Kirchenoberhäupter in den Vereinigten Staaten mit einem Schreiben an US-Außenminister Mike Pompeo. Darin brachten sie ihre Besorgnis über die sogenannte „Properties Bill“ zum Ausdruck. Dies war ein Gesetzesentwurf, der zu jener Zeit in der Knesset debattiert wurde und die Beschlagnahme kirchlicher Grundstücke vorsah. „Jerusalems Patriarchen und Kirchenoberhäupter sehen in diesem Gesetzesentwurf eine existenzielle Bedrohung“, die „nicht unterschätzt werden sollte“.<sup>19</sup> Im Vorfeld hatten israelische Kirchen-

oberhäupter in einem Schreiben an Ministerpräsident Netanjahu appelliert, die Gesetzesvorlage zu stoppen.<sup>20</sup>

Im Januar 2019 kam es zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und arabischen Christen, die gegen eine in einem Museum in Haifa ausgestellte Skulptur protestierten, die nach ihrer Auffassung blasphemisch war. Die Skulptur zeigte das Fast-Food-Maskottchen Ronald McDonald an einem Kreuz. Der Polizei zufolge versuchten die Aktivisten, sich Zugang zum Museum zu verschaffen und die Skulptur zu beseitigen. Drei Polizeibeamte wurden bei der Aktion verletzt.<sup>21</sup> Nach Protesten von kirchlichen Führern und des israelischen Kultusministers Miri Regev gab der Bürgermeister von Haifa bekannt, dass die Skulptur aus der Ausstellung genommen werde.<sup>22</sup>

Im Februar 2019 bestätigte die israelische Polizei, dass Scheich Abdel-Azim Salhab von der islamischen Waqf-Behörde Jerusalems kurz verhaftet und im Anschluss wieder freigelassen worden war. Er habe angeblich ohne Genehmigung das Bab al-Rahma (Tor des Erbarmens) auf dem Tempelberg geöffnet und so Muslimen ermöglicht, dort zu beten. Jordanien kritisierte die Inhaftierung ihres Beauftragten scharf.<sup>23</sup>

Im März 2019 ließ die israelische Staatsanwaltschaft die Anklage gegen zwei jüdische Extremisten fallen. Diese waren einer Reihe von Verbrechen angeklagt, darunter Vandalismus an der katholischen Dormitio-Abtei in Jerusalem. 2015 hatten die Mönche Graffiti auf den Fassaden und der Tür eines Gebäudes entdeckt. Zu lesen waren Parolen wie „Tod den Christen“, „Tod den Arabern“ und „Jesus ist ein Affe“.<sup>24</sup>

Die israelische Polizei nahm vier Verdächtige fest, die versucht hatten, für ein Ritualopfer anlässlich des jüdischen Pessachfestes zwei Ziegen auf den Tempelberg zu schmuggeln. Zwei Journalisten, die die illegale Opferhandlung filmen wollten, wurden ebenso in Gewahrsam genommen.<sup>25</sup>

Im Juni 2019 kam es am Jerusalemstag zu Auseinandersetzungen zwischen palästinensischen Muslimen und den israelischen Streitkräften auf dem Gelände der Al-Aqsa-Moschee in Jerusalem. Auslöser dafür waren jüdische Besucher am Ende des Fastenmonats Ramadan. „Ungefähr 1.179 jüdische Extremisten stürmten seit dem Morgen das Gelände“, berichtete Omar Kiswani, der Leiter der Al-Aqsa-Moschee, gegenüber der türkischen Nachrichtenagentur Anadolu Ajansi. „Die Siedler stürmten über das Mughrabi-Tor unter dem Schutz der israelischen Polizei

das Gelände und verletzten damit massiv die Bestimmungen des heiligen Monats Ramadan“, führte er weiter aus.<sup>26</sup>

Der israelische Knesset-Abgeordnete Bezalel Smotrich von der Union der rechten Parteien URWP forderte im Juni 2019 die Einführung eines jüdischen Religionsrechts auf Grundlage der Thora, welches an die Stelle des Zivilrechts treten solle. Diese Forderung wurde von Ministerpräsident Netanjahu kritisiert.<sup>27</sup> Nachträglich erklärte Smotrich, er habe seine Überzeugungen anderen nicht aufdrängen wollen.<sup>28</sup>

Ebenso im Juni 2019 stürten jüdisch-orthodoxe Extremisten eine Zusammenkunft messianischer Juden in Jerusalem. Laut in der Zeitung „Israel Today“ veröffentlichter Zeugenaussagen versammelten sich zahlreiche orthodoxe Juden, um die messianischen Juden vom Besuch eines Jahreskonzerts abzuhalten. „Sie wollten uns nicht eintreten lassen. Ich wurde gewaltsam zur Seite geschoben“, sagte Professor Gideon, ein messianischer Jude und Dekan der School of Sciences am Academic College of Tel Aviv. Er fügte hinzu: „Dort waren auch Familien mit kleinen Kindern und die religiösen Aktivisten schubsten und fluchten. Schließlich kam die Polizei, aber die anti-messianische Gruppierung wollte nicht gehen.“<sup>29</sup>

Laut Berichten griffen 60 armenische Seminaristen im Juni 2019 zwei junge Juden an und wollten sie lynchen, als diese auf der Straße des Armenischen Patriarchats in Jerusalems Altstadt spazieren gingen. Die Opfer erlitten schwere Schlagverletzungen und mussten notärztlich behandelt werden.<sup>30</sup>

Nach dem Vorfall veröffentlichte das Armenische Patriarchat von Jerusalem eine Pressemitteilung, in welcher der Fall anders dargestellt wurde. Laut Aussage des Patriarchats wurden eine Gruppe armenischer Seminaristen und der Dekan des Seminars am 8. Juni 2019 von drei jüdischen Extremisten und ihrem Hund angegriffen. „Sie wurden von den jüdischen Extremisten verbal und körperlich attackiert.“ Dies ist „leider schon [...] tausendmal passiert und wird auch weiterhin stattfinden. Seit vielen Jahren [werden] armenische Geistliche von jüdischen Extremisten bespuckt, verbal und auch körperlich angegriffen“, so die Erklärung.<sup>31</sup>

Im Juni 2019 entschied der Oberste Gerichtshof Israels zugunsten der jüdischen Organisation Ateret Cohanim und beendete damit einen 14-jährigen Rechtsstreit um die Verpachtung einer Liegenschaft der Griechisch-Orthodoxen Kirche in der Jerusalemer Altstadt an eine Siedlergruppe.

Die Kirche hatte versucht, den ursprünglichen Pachtvertrag aufzuheben. Ein Vertreter der Kirche bezeichnete die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs als „unzulässig und rechtswidrig“.<sup>32</sup>

Im Juli 2019 verurteilte die Versammlung der katholischen Ordinarien des Heiligen Landes die von jüdischen Extremisten verübten Einschüchterungsversuche, die sich gegen örtliche christliche Gemeinschaften richteten. Dem vorangegangen waren Angriffe auf Fahrzeuge von Christen und christenfeindliche Graffiti in Jish, einem Dorf in Galiläa. Davor wurden Mitglieder der katholischen Gemeinde St. James in Beit Hanina, einem Vorort von Ostjerusalem, mit Tomaten und anderen Gegenständen beworfen. Die Täter kamen aus dem jüdischen Nachbarviertel Naveh Yaacov.<sup>33</sup>

Im August 2019 ergab eine von der Nichtregierungsorganisation Hiddush durchgeführte Umfrage, dass 68 % der erwachsenen Juden in Israel die Einführung der Zivilehe befürworteten. Bei einer Einführung würden auch die von reformierten und konservativen Rabbinern geschlossenen Ehen staatlich anerkannt.<sup>34</sup>

Im August 2019 hob der israelische Oberste Gerichtshof die Entscheidung einer unteren Instanz auf, die ein Konzert mit Geschlechtertrennung erlaubte. Das Urteil kam allerdings zu spät, um die Veranstaltung zu verhindern, was zum Jubel ultraorthodoxer Funktionäre führte.<sup>35</sup>

Im August 2019 kippte die israelische Polizei eine frühere Entscheidung und erlaubte Juden den Zugang zum Tempelberg, um den jüdischen Fast- und Trauertag Tischa B'Av zu begehen. Das ursprünglich ausgesprochene Verbot war nach gewaltsamen Zusammenstößen mit muslimischen Gläubigen erfolgt, welche das islamische Opferfest Eid al-Adha feierten. Laut Medienberichten wurden dabei 61 Gläubige verletzt. Auch vier Polizisten erlitten leichte Verletzungen.<sup>36</sup>

Im Januar 2020 stellte der sephardische Oberrabbiner Yitzhak Yosef die jüdische Identität einiger Einwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion infrage. Für seine Aussagen wurde er scharf kritisiert.<sup>37</sup>

Am 25. März 2020 ordneten israelische Behörden im Zuge der Bekämpfung der Coronapandemie die Schließung der Kirche vom Heiligen Grab in Jerusalem an.<sup>38</sup>

Im April 2020 wurde das Gelände der Jerusalemer Al-Aqsa-Moschee für Muslime während des gesamten Fastenmonats Ramadan aufgrund der Coronavirus-Pandemie geschlossen. Die islamische Waqf-Behörde Jerusalems

bezeichnete die Entscheidung als „schmerzlich“.<sup>39</sup>

Laut Beschluss eines israelischen Gerichts wurde der Bau eines Obdachlosenheims in Jaffa auf dem Gelände eines muslimischen Friedhofs aus dem 18. Jahrhundert vorerst eingestellt. Dadurch konnten Zusammenstöße zwischen Anwohnern und der Polizei jedoch nicht verhindert werden. Einige Demonstranten wurden verhaftet, weil sie die Ruhe gestört hatten, in den Friedhof eindringen wollten und die Polizei mit Steinen und Tränengas angegriffen hatten.<sup>40</sup>

In einer im Juli 2020 veröffentlichten Erklärung<sup>41</sup> riefen die Patriarchen und Oberhäupter der Kirchen Jerusalems die israelische Regierung dazu auf, das christliche Erbe und Eigentum in der Altstadt von Jerusalem sowie die Heiligen Stätten und die Rechte der Bewohner des christlichen Viertels von Jerusalem zu schützen. Der Appell erfolgte nach der oben erwähnten Gerichtsentscheidung, mit welcher der umstrittene Verkauf von drei Gebäuden in der Nähe des Jaffatores bestätigt wurde. 2004 hatte das Griechisch-Orthodoxe Patriarchat die Gebäude an die jüdische Organisation Ateret Cohanim veräußert.<sup>42</sup> Die Gegner sehen den Status quo in Jerusalem durch den Wechsel der Eigentümer bedroht.

Im Juli 2020 wurde das östliche Tor der Jerusalemer Al-Aqsa-Moschee, das Bab al-Rahma, per Gerichtsbeschluss geschlossen. Dazu ließ der Sprecher der Waqf, welche die heilige muslimische Stätte verwaltet, in einer Erklärung verlauten: „Die Al-Aqsa-Moschee steht über gerichtlichen oder politischen Entscheidungen der israelischen Behörden.“<sup>43</sup>

Der Zeitung Haaretz zufolge befürwortet das israelische Innenministerium, Gruppenkonversionen in sogenannten „Emerging Jewish Communities“ (neu entstehenden jüdischen Gemeinschaften) nicht mehr staatlich anzuerkennen. Damit könnten Juden dieser im Ausland ansässigen Gemeinschaften, die aus freien Stücken konvertieren, nicht mehr im Sinne des Rückkehrgesetzes nach Israel einwandern. Das Ministerium reagierte damit auf eine Klage, die vor fünf Jahren von zwei Konvertiten aus einer „Emerging Jewish Community“ in Peru eingereicht worden war. Diese wurden damals aufgefordert, das Land zu verlassen, nachdem ihr Einwanderungsantrag abgelehnt worden war, so der Zeitungsbeitrag. Das Oberste Gericht von Israel hat noch keinen endgültigen Beschluss in dieser Sache gefasst.<sup>44</sup>

Im September 2020 erklärte ein Sprecher der islamischen



Waqf-Behörde in Jerusalem gegenüber dem Nachrichtenportal Al-Monitor, dass eine Anfrage der israelischen Polizei von der Behörde abgelehnt wurde. Die Polizei hatte um Öffnung der Tür zum Bab-al-Asbat-Minarett gebeten, um von dort aus auf das Dach im nördlichen Teil der Al-Aqsa-Moschee zu gelangen und Lautsprecher anzubringen. Laut Aussage des Sprechers gelangte die Polizei anschließend mit Leitern auf das Dach und brachte die Lautsprecher ohne Erlaubnis an, um damit das islamische Gotteshaus verstärkt zu überwachen.<sup>45</sup>

Im September 2020 kritisierten ultra-orthodoxe Mitglieder des Jerusalemer Stadtrats die geplante Seilbahn, die zum Dungtor in der Nähe des Tempelbergs führen soll. Die vorgesehene Seilbahnroute würde über einen karaimischen Friedhof führen und diesen damit entweihen.<sup>46</sup>

Im September 2020 erließ ein israelisches Gericht eine Abbruchverfügung für eine Moschee im Ostjerusalem Viertel Silwan, weil „die Baugenehmigung fehle“. Das berichteten Anwohner gegenüber der Nachrichtenagentur Anadolu.<sup>47</sup>

## PERSPEKTIVEN FÜR DIE RELIGIONSFREIHEIT

Laut israelischem Recht wird die Religionsfreiheit für alle Bürger unabhängig von ihrem Glauben gewährleistet und

darin hat sich im Berichtszeitraum nichts geändert. Allerdings kann die Religionszugehörigkeit auf gesellschaftlicher Ebene häufig Spannungen auslösen.

Aufgrund der jüdischen Mehrheit im Land und der ungelösten politischen Konflikte mit den Palästinensern ist häufig schwer feststellbar, ob Auseinandersetzungen zwischen israelischen Juden und palästinensischen Muslimen rein religiös motiviert sind, oder ob auch andere Faktoren eine Rolle spielen.

Der Tempelberg bzw. Al Haram al Scharif (arabisch für „das edle Heiligtum“) in Jerusalem ist kontinuierlich Ursache für Spannungen zwischen Israel und muslimischen Gläubigen. Muslimische und christliche Besucher der Stätte sind regelmäßig Bedrohungen und Angriffen von jüdischen Extremisten ausgesetzt, die teilweise ungestraft davonkommen.

In einem Umfeld, in dem die Religion eine zentrale rechtliche, politische und soziale Rolle spielt, sind interreligiöse Beziehungen ein heikles Thema. Auch wenn das Recht auf Religionsfreiheit generell respektiert wird, ist mit Vorfällen in Verbindung mit der Religionsfreiheit sensibel umzugehen. Diese geben Anlass für eine strenge Überwachung durch die israelischen, jordanischen und palästinensischen Zivil- und Religionsbehörden, aber auch durch die internationale Gemeinschaft.

## ENDNOTEN / QUELLEN

- 1 The Declaration of the Establishment of the State of Israel (14. Mai 1948), Centre for Israel Education, <https://israeled.org/wp-content/uploads/2015/06/1948-5-May-14-Israel-Declaration-of-Independence-pics.pdf> (abgerufen am 18. November 2020).
- 2 Law of return 5710 (1950), The Knesset, <https://www.knesset.gov.il/laws/special/eng/return.htm> (abgerufen am 11. November 2020).
- 3 „Israel’s settlements have no legal validity, constitute flagrant violation of international law, Security Council Reaffirms“, United Nations Meetings Coverage and Press Releases, 23. Dezember 2016, <https://www.un.org/press/en/2016/sc12657.doc.htm> (abgerufen am 11. November 2020).
- 4 Charlie Hoyle, „Who are Israel’s Druze community?“, The New Arab, 18. Juli 2017, <https://www.alaraby.co.uk/english/indepth/2017/7/18/who-are-israels-druze-community> (abgerufen am 11. November 2020).
- 5 Israel 1958 (rev. 2013), Constitute Project, [https://www.constituteproject.org/constitution/Israel\\_2013?lang=en](https://www.constituteproject.org/constitution/Israel_2013?lang=en) (abgerufen am 11. November 2020).
- 6 The Declaration of the Establishment of the State of Israel (14. Mai 1948), op. cit.
- 7 „Basic Law: Human Dignity and Liberty“, The Knesset, [https://www.knesset.gov.il/laws/special/eng/basic3\\_eng.htm](https://www.knesset.gov.il/laws/special/eng/basic3_eng.htm) (abgerufen am 11. November 2020).
- 8 „Basic Law: Israel - The Nation State of the Jewish People, Unofficial translation by Dr. Susan Hattis Rolef“, The Knesset, <https://knesset.gov.il/laws/special/eng/BasicLawNationState.pdf> (abgerufen am 10. Oktober 2020).
- 9 Ibid.
- 10 „Assembly of Catholic Ordinaries calls on Israel to rescind its Nation State Law“, Latin Patriarchate of Jerusalem, 2. November 2018, [https://www.lpj.org/posts/assembly-of-catholic-ordinaries-calls-on-israel-to-rescind-its-nation-state-law-5e470fbf59a6f.html?s\\_cat=1004](https://www.lpj.org/posts/assembly-of-catholic-ordinaries-calls-on-israel-to-rescind-its-nation-state-law-5e470fbf59a6f.html?s_cat=1004) (abgerufen am 11. Oktober).
- 11 Mitchell Bard, „The Status of Arabs in Israel“, Jewish Virtual Library, <https://www.jewishvirtuallibrary.org/the-status-of-arabs-in-israel> (abgerufen am 21. Februar 2021).
- 12 „Push to recruit Arab Christians into Israeli army“, First Post, 28. Dezember 2013, <https://www.firstpost.com/world/push-to-recruit-arab-christians-into-israeli-army-1310701.html> (abgerufen am 21. Februar 2021).
- 13 Rebecca Weiner, „Judaism: Who is a Jew?“, Jewish Virtual Library, <https://www.jewishvirtuallibrary.org/who-is-a-jew> (abgerufen am 21. Februar 2021).
- 14 Marissa Newman and Stuart Winer, „Chief rabbis urge Netanyahu to 'bury' bill reforming conversion system“, Times of Israel, 3. Juni 2018, <https://www.timesofisrael.com/chief-rabbis-urge-netanyahu-to-bury-bill-reforming-conversion-system/> (abgerufen am 11. Oktober 2020).
- 15 Nir Hasson/Noa Landau, „Netanyahu decides lawmakers may visit Temple Mount once every three months“, Haaretz, 3. Juli 2018, <https://www.haaretz.com/israel-news/premium-netanyahu-lawmakers-may-visit-temple-mount-once-every-three-months-1.6242499> (abgerufen am 11. Oktober 2020).

- 16 Michael Bachner, „First cabinet member enters Temple Mount after 3 years as PM lifts ban“, Times of Israel, 8. Juli 2018, <https://www.timesofisrael.com/first-lawmaker-enters-temple-mount-after-3-years-as-pm-lifts-ban/> (abgerufen am 11. Oktober 2020).
- 17 „Once again the Beit Jamal Catholic cemetery desecrated“, Agenzia Fides, 18. Oktober 2018, [http://www.fides.org/en/news/64940-ASIA\\_HOLY\\_LAND\\_Once\\_again\\_the\\_Beit\\_Jamal\\_Catholic\\_cemetery\\_desecrated](http://www.fides.org/en/news/64940-ASIA_HOLY_LAND_Once_again_the_Beit_Jamal_Catholic_cemetery_desecrated) (abgerufen am 11. Oktober 2020).
- 18 „Netanyahu hails Israel as great protector of Christians in Middle East“, I24News, 15. Oktober 2020, <https://www.i24news.tv/en/news/israel/186376-181015-netanyahu-hails-israel-as-great-protector-of-christians-in-middle-east> (abgerufen am 16. Oktober 2020).
- 19 „US Churches write to Pompey: no to Israeli law on the confiscation of ecclesiastical properties“, Agenzia Fides, 9. November 2018, [http://www.fides.org/en/news/65056-ASIA\\_ISRAEL\\_US\\_Churches\\_write\\_to\\_Pompey\\_no\\_to\\_Israeli\\_law\\_on\\_the\\_confiscation\\_of\\_ecclesiastical\\_properties](http://www.fides.org/en/news/65056-ASIA_ISRAEL_US_Churches_write_to_Pompey_no_to_Israeli_law_on_the_confiscation_of_ecclesiastical_properties) (abgerufen am 10. Oktober 2020).
- 20 „Christian leaders to Netanyahu: the government still aims to confiscate Church property“, Agenzia Fides, 19. Juni 2018, [http://www.fides.org/en/news/64380-ASIA\\_ISRAEL\\_Christian\\_leaders\\_to\\_Netanyahu\\_the\\_government\\_still\\_aims\\_to\\_confiscate\\_Church\\_property](http://www.fides.org/en/news/64380-ASIA_ISRAEL_Christian_leaders_to_Netanyahu_the_government_still_aims_to_confiscate_Church_property) (abgerufen am 11. Oktober 2020).
- 21 Alexander Fulbright, „Arab Christians clash violently with police in Haifa over ‚McJesus‘ sculpture“, Times of Israel, 11. Januar 2019, <https://www.timesofisrael.com/arab-christians-in-violent-clash-with-police-in-haifa-over-mcjesus-sculpture/> (abgerufen am 10. Oktober 2020).
- 22 Rami Ayyoub, „Israeli museum to drop ‚McJesus‘ sculpture after protests“, Reuters, 17. Januar 2019, <https://de.reuters.com/article/us-religion-israel-art/israeli-museum-to-drop-mcjesus-sculpture-after-protests-idUSKCN1PB1F8> (abgerufen am 10. Oktober 2020).
- 23 „Israel briefly detains top Waqf official, bans him from Al-Aqsa“, Al Jazeera, 24. Februar 2019, <https://www.aljazeera.com/news/2019/02/24/israel-briefly-detains-top-waqf-official-bans-him-from-al-aqsa> (abgerufen am 10. Oktober 2020).
- 24 Jacob Magid, „Prosecution drops case against far-right activists in Jerusalem church arson“, The Times of Israel, 11. März 2019, <https://www.timesofisrael.com/prosecution-drops-case-against-far-right-activists-in-jerusalem-church-arson/> (abgerufen am 11. Oktober 2020).
- 25 „Israeli police detain Jewish suspects with sacrificial goats“, AP News, 18. April 2019, <https://apnews.com/article/49c29c80a92c422cbb83b-333f87a0b88> (abgerufen am 10. Oktober 2020).
- 26 Mohamed Sabry Emam Muhammed, „Clashes erupt at Al-Aqsa compound after settler tour“, Anadolu Agency, 2. Juni 2019, <https://www.aa.com.tr/en/middle-east/clashes-erupt-at-al-aqsa-compound-after-settler-tour/1495257> (abgerufen am 10. Oktober 2020).
- 27 „Smotrich says he wants to be justice minister so Israel can follow Torah law“, Times of Israel, 3. Juni 2019, <https://www.timesofisrael.com/smotrich-says-he-wants-justice-ministry-so-israel-can-follow-torah-law/> (abgerufen am 11. Oktober 2020).
- 28 Marc Oster, „Israeli right-wing lawmaker wants nation to be governed by Jewish law. He acknowledges it won't happen soon“, Jewish Telegraphic Agency, 6. August 2019, <https://www.jta.org/2019/08/06/israel/israeli-right-wing-lawmaker-wants-nation-to-be-governed-by-jewish-law-he-acknowledges-it-wont-happen-any-time-soon> (abgerufen am 11. Oktober 2020).
- 29 David Lazarus, „Orthodox Jewish group crashes messianic gathering“, Israel Today, 2. Juni 2019, <https://www.israeltoday.co.il/read/orthodox-jewish-group-crashes-messianic-gathering/> (abgerufen am 10. Oktober 2020).
- 30 David Israel, „Report: 60 Armenian-Church students attempted lynching of 2 Jews on eve of Shavuot“, Jewish Press, 18. Juni 2019, <https://www.jewishpress.com/news/israel/israeli-arabs/report-60-armenian-church-students-attempted-lynching-of-2-jews-on-eve-of-shavuot/2019/06/18/> (abgerufen am 11. Oktober 2018).
- 31 „Saturday June 8, 2019, Jerusalem, Old City“, Armenian Patriarchate, 21. Juni 2019, <https://armenian-patriarchate.com/old/saturday-june-8-2019-jerusalem-old-city/> (abgerufen am 10. Oktober 2020).
- 32 Sue Surkes, „Supreme Court rules for Jewish group in battle over Old City church leases“, The Times of Israel, 12. Juni 2019, <https://www.timesofisrael.com/supreme-court-rules-for-jewish-group-in-battle-over-old-city-church-leases/> (abgerufen am 11. Oktober 2020).
- 33 „Catholic Bishops denounce new acts of intimidation towards Christian communities“, Agenzia Fides, 22. Juli 2019, [http://www.fides.org/en/news/66394-ASIA\\_ISRAEL\\_Catholic\\_Bishops\\_denounce\\_new\\_acts\\_of\\_intimidation\\_towards\\_Christian\\_communities](http://www.fides.org/en/news/66394-ASIA_ISRAEL_Catholic_Bishops_denounce_new_acts_of_intimidation_towards_Christian_communities) (abgerufen am 11. Oktober 2020).
- 34 Jeremy Sharon, „Majority of public want unity govt with no ultra-Orthodox parties - Fifty-one percent of Likud voters and 90 percent of Blue and White voters don't want ultra-Orthodox parties in government“, Jerusalem Post, 20. September 2019, <https://www.jpost.com/israel-news/majority-of-public-want-unity-govt-with-no-ultra-orthodox-parties-602278> (abgerufen am 11. Oktober 2020).
- 35 „Too late: High Court bars gender-segregated concert, when it's almost over“, The Times of Israel, 14. August 2019, <https://www.timesofisrael.com/high-court-ruling-against-gender-segregated-concert-comes-too-late-to-stop-event/> (abgerufen am 11. Oktober 2020).
- 36 Jack Khoury, Nir Hasson, Noa Landau, Josh Breiner and Yotam Berger, „Temple Mount clashes: Jordan condemns ‚blunt‘ Israeli violations as Jews Allowed in Holy Site“, Haaretz, 11. August 2019, <https://www.haaretz.com/israel-news/premium-clashes-erupt-in-temple-mount-between-israeli-forces-and-muslim-worshippers-1.7657709> (abgerufen am 11. November 2020).
- 37 „Chief Rabbi doubles down on comments against immigrants as Liberman urges probe“, Times of Israel, 7. Januar 2020, <https://www.timesofisrael.com/chief-rabbi-doubles-down-on-comments-against-immigrants-as-liberman-urges-probe/> (abgerufen am 11. Oktober 2020).
- 38 „COVID-19: the Holy Sepulcher closed, but liturgies continue to take place inside“, Agenzia Fides, 26. März 2020, [http://www.fides.org/en/news/67630-ASIA\\_HOLY\\_LAND\\_COVID\\_19\\_the\\_Holy\\_Sepulcher\\_closed\\_but\\_liturgies\\_continue\\_to\\_take\\_place\\_inside](http://www.fides.org/en/news/67630-ASIA_HOLY_LAND_COVID_19_the_Holy_Sepulcher_closed_but_liturgies_continue_to_take_place_inside) (abgerufen am 11. Oktober 2020).
- 39 „Painful: Al-Aqsa closed for Ramadan over coronavirus“, Al Jazeera, 16. April 2020, <https://www.aljazeera.com/news/2020/4/16/painful-al-aqsa-closed-for-ramadan-over-coronavirus> (abgerufen am 10. Oktober 2020).
- 40 „Controversial construction halted at Islamic cemetery in Jaffa“, Jerusalem Post, 17. Juni 2020, <https://www.jpost.com/breaking-news/israel-halts-controversial-work-at-islamic-cemetery-in-jaffa-report-631779> (abgerufen am 11. Oktober 2020).
- 41 „Joint Statement from the Patriarchs and Heads of Churches in Jerusalem“, Custodia, 7. Juli 2020, <https://www.custodia.org/en/news/joint-statement-patriarchs-and-heads-churches-jerusalem> (abgerufen am 11. Oktober 2020).
- 42 „Jerusalem court nixes Greek church bid to stop property sale to right-wing group“, The Times of Israel, 25. Juni 2020, <https://www.timesofisrael.com/jerusalem-court-nixes-greek-church-bid-to-stop-property-sale-to-right-wing-group/> (abgerufen am 11. Oktober 2020).
- 43 „Israeli court orders closure of Al-Aqsa Mosque gate“, Anadolu Agency, 13. Juli 2020, <https://www.aa.com.tr/en/middle-east/israeli-court-orders-closure-of-al-aqsa-mosque-gate/1908793> (abgerufen am 10. Oktober 2020).
- 44 Judy Maltz, „Israel seeking to close its doors to converts from ‚emerging‘ Jewish Communities“, Haaretz, 23. August 2020, <https://www.haaretz.com/jewish/premium-israel-seeking-to-close-its-doors-to-converts-from-emerging-jewish-communities-1.9094819> (abgerufen am 11. Oktober 2020).
- 45 Ahmad Melhem, „Israel installs more loudspeakers at Al-Aqsa Mosque“, Al Monitor, 21. September 2020, <https://www.al-monitor.com/pulse/originals/2020/09/israel-install-loudspeakers-jerusalem-al-aqsa-mosque.html> (abgerufen am 15. Oktober 2020).
- 46 Peggy Cidor, „Jerusalem's planned cable car to the Old City is becoming a burden“, Jerusalem Post, 30. September 2020, <https://www.jpost.com/jerusalem/jerusalem-planned-cable-car-to-the-old-city-is-becoming-a-burden-644052> (abgerufen am 11. Oktober 2020).
- 47 Abdel Raouf Arnaout, „Israel to demolish mosque in Jerusalem“, Anadolu Agency, 14. September 2020, <https://www.aa.com.tr/en/middle-east/israel-to-demolish-mosque-in-jerusalem/1972995> (abgerufen am 1. November 2020).